

# Islam-Woche #12: Offiziell 268 Dschihadisten allein in Hamburg



Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Bei der Zusammenfassung des zwölften Wochenrückblicks des Islam-Experten Irfan Peci in Bezug auf die Islamisierung Deutschlands beginne ich mit der Meldung, die bei ihm auf Platz zwei seiner „Hitliste“ landete, da ich auch indirekt betroffen bin: das Landesamt für Verfassungsschutz rechnet der islamistischen Szene in Hamburg 1650 Anhänger zu, davon gelten 1130 als gewaltorientiert. Darunter befänden sich 268 sogenannte Dschihadisten, die also bereit sind, den „Heiligen Krieg“ auszuführen. Wie RP-Online berichtet, schätzt Innensenator Andy Grote die Gewaltbereitschaft gerade in der salafistischen Szene als „hoch“ ein.

Einer aus dieser Szene ist der Marokkaner Abdurrahman C., der Mitte des vergangenen Jahres während Anschlagsvorbereitungen in Hamburg festgenommen wurde. Er ist der Sohn des Radikal-Moslems Hamid, der als einer der führenden Köpfe in der Al-Quds-Moschee am Steindamm gilt, wo die Terrorgruppe um Mohammed Atta betete und Kontakte hatte. Hamid C. soll laut n-tv auch Mounir el Motassadeq sehr gut gekannt haben, ein Mitglied der Hamburger Terrorzelle um den Todespiloten Atta. Außerdem soll er sich auch im Umfeld von Mamoun D. bewegt haben, einem Hamburger Unternehmer, der laut Bild der Finanz-Experte von Terror-Chef Osama bin Laden gewesen sei.

Und auch sein Sohn Abdurrahman C. soll nach BILD-Informationen Kontakt zu Mamoun D. gehabt haben. Gemeinsame Anlaufstelle sei immer wieder die radikal-islamische Al-Taqwa-Moschee gewesen. Es gibt wohl Anhaltspunkte, dass der Marokkaner zum 20. Jahrestag von 9/11 mit seinen Waffen und einer Nagelbombe einen Anschlag in Hamburg geplant habe.

Die Hansestadt bleibt sich ihrer Tradition als 9/11-Terrornest also offensichtlich treu und entwickelt sich in dieser Richtung „gut“ weiter. Der pakistanisch-stämmige Autor und Terrorexperte Shams Ul-Haq nannte die Stadt in seinem wegweisenden Artikel „Autor undercover in Hamburgs Moscheen – Islamisten tanzen uns auf der Nase herum“ vom 8.12.2018 einen „islamistischen Hotspot“. Dieser Artikel war noch bis Mitte des vergangenen Jahres online – jetzt ist er seltsamerweise verschwunden. Bei der wayback-Machine ist er das letzte Mal am 31.5.2021 online gespeichert worden. Meine diesbezügliche Anfrage bei der Redaktion der Hamburger Morgenpost ist bis dato noch unbeantwortet.

Shams Ul-Haq beschrieb, dass es in der Gegend hinter dem Hamburger Hauptbahnhof eine bemerkenswerte Dichte an Moscheen gebe. Mindestens 20 islamische Gebetshäuser seien dort dicht beieinander. Meist handele es sich bei diesen Moscheen offiziell um „Kulturvereine“. Darüber hinaus werde noch in etlichen Hinterzimmern und Wohnungen gepredigt, die nirgends als Gebetshäuser registriert seien.

Shams Ul-Haq habe viele dieser radikalen Moscheen in der Hansestadt besucht und beobachtet, dass sogar sehr kleine Kinder im Islamunterricht systematisch mit salafistischem Gedankengut infiziert werden. All das geschehe, ohne dass die breite Öffentlichkeit davon Kenntnis nehme, was seiner Ansicht nach „beunruhigend“ sei. Er schreibt weiter:

*Welche Bedeutung Hamburg in der Szene hat, war lange völlig unbekannt. Dann kam der 11. September 2001. Die Nachricht, dass Mohammed Atta und seine Mitstreiter eine Wohnung in der*

*Marienstraße in Harburg bewohnten, dass sie allesamt in Hamburg radikalisiert worden sind, schockte die Öffentlichkeit. Seither überrascht es niemanden mehr, dass es sich bei Hamburg um einen islamistischen Hotspot handelt.*

Der jetzige Bundeskanzler Olaf Scholz hatte es als damaliger Innensenator zu verantworten, dass der bisher weltweit größte Terror-Anschlag des Politischen Islams maßgeblich von seiner Stadt ausging. Scholz verleugnete noch ein Jahr nach dem Anschlag das große radikal-islamische Netzwerk in Hamburg. In der ZDF-Dokumentation „9/11-Verschwörung in Hamburg“ ist seine Aussage aus dem Jahr 2002 wiedergegeben:

*„Ich habe ohnehin in der ganzen Situation nach dem 11. September sehr deutlich festgestellt, dass die Voraussetzung für den Erfolg der Gruppe, die hier tätig gewesen ist, wohl gewesen ist, dass es eben keine große Gemeinschaft von militanten Extremisten gegeben hat. Das wäre dann nämlich aufgefallen, denn wenn es eine große Szene gibt, dann müssen die miteinander reden, telefonieren, Vereinigungen und Veranstaltungen haben. Und dann kann man sie auch besser identifizieren, als wenn es nur ganz wenige sind.“*

PI-NEWS berichtete am 11. September des vergangenen Jahres ausführlich über diesen weiteren Skandal des jetzigen Bundeskanzlers.



Es ist kein Wunder, dass in der Stadt, die nun schon seit 20 Jahren quasi ihre schützende Hand über radikale Moslems hält, derzeit zwei Gerichtsverfahren gegen mich angestrengt werden. Weil ich es doch tatsächlich wagte, bei einer Rede im Novemberr 2018 und einer BPE-Kundgebung im Oktober 2020 den Islam bzw. den Politischen Islam klar zu kritisieren. Hierzu wird in dieser Stadt ein gewaltiger Apparat von Kriminalpolizei, Staatsanwaltschaft und sogar eines „Referenten für Islamwissenschaft“ in Bewegung gesetzt, um mich mundtot zu machen. Letzterer ordnete meine Aussagen in einer 35-seitigen Expertise u.a. in die Kategorie „Islamophobie“ (!) ein. Also ganz im Stil von Ayatollah Khomeini, der auch auf diese Weise versuchte, Islamkritik im Keim zu ersticken.

Die Islamisierung Deutschlands läuft auf Hochtouren. Es fehlt nur noch, dass demnächst Teile der Scharia in unser Rechtssystem eingebaut werden. Das Kritikverbot am Islam scheint es schon geschafft zu haben.

Irfan Peci zeigt in seinem Wochenrückblick anhand weiterer Vorfälle auf, wie weit diese Islamisierung unseres Landes

fortgeschritten ist und wie stark der Politische Islam in unserem Land mittlerweile ist. Auf Platz eins landet die hochbrisante Studie über Mobbing und Bedrohungen an Schulen im stark „bereicherten“ Berliner Stadtviertel Neukölln. Für diese Studie wurden Schulleiter, Sozialarbeiter und Erzieher an zehn Neuköllner Schulen befragt. Fast 50 Seiten dokumentieren das religiöse Mobbing. Neun von zehn dieser befragten Schulen liegen hierbei in immer stärker sozial segregierten Einzugsgebieten, die Kinder kommen zu deutlich über 90 Prozent aus Familien mit nichtdeutscher Herkunftssprache, meist moslemisch.

Diese Studie bringt die ganzen Abgründe des Politischen Islams ans Tageslicht: Lehrer werden dort bereits als „ungläubige Hunde“ diffamiert, Karten Israels aus dem Atlas geschnitten, türkischstämmige Lehrerinnen genötigt, sich islamisch korrekt zu kleiden, bereits junge Mädchen unter das Kopftuch gedrängt. Während des Ramadans kontrollieren moslemische Schüler selbst auf der Toilette, dass nichts getrunken wird. Moslemische Eltern versuchen, Einfluss auf die Lerninhalte zu nehmen. Mädchen werden vom Sport- und Sexualkundeunterricht herausgenommen. Das Fazit einer Lehrerin:

*„Also eigentlich ist der Zug abgefahren. Ich mache mir um unsere Gesellschaft Sorgen, weil auch viele es immer noch nicht begriffen haben.“*

Auch PI-NEWS berichtete am 1. Januar bereits darüber und zeigte auf, wie Linke und Grüne in Berlin versuchen, diese Studie zu torpedieren, indem sie die Ergebnisse als „pauschal islamfeindlich“ bezeichnen und Finanzmittel für die Fortführung dieser Studie streichen.

Auch unter der rot-grün-gelben Bundesregierung wird alles unternommen, um die Bedrohung durch den Politischen Islam zu ignorieren, den Linksextremismus zu verharmlosen und gleichzeitig entgegen aller Fakten und Tatsachen das Gespenst

des Rechtsextremismus aufzublähen. So wird allen Ernstes erklärt, dass dieser Rechtsextremismus die „größte Gefahr“ für unser Land sei. Dies landet bei Irfan Peci auf Platz 3 seiner „Hitliste“ und er zeigt auf, wie völlig realitätsfremd diese Bewertung ist. Während die Bundesanwaltschaft im vergangenen Jahr 210 Ermittlungsverfahren gegen islamistischen Terrorismus einleitete, waren es gegen den Linksextremismus zehn und gegen Rechtsextremismus gerade mal fünf. 210 zu 5 – was ist da wohl die größere Bedrohung?

Im Jahr 2020 waren es sogar 372 Verfahren gegen Islamisten, nur zehn gegen rechte und vier gegen linke Extremisten. Auf die Anfrage der Neuen Zürcher Zeitung, worauf man sich denn für diese absurde Einstufung berufe, wollte sich das Innenministerium unter der roten Antifa-Freundin Nancy Faeser nicht äußern.

Auf Platz vier landet bei Peci schließlich die Nachricht, dass die Ermittlungsbehörde Anklage wegen Mordes gegen die beiden afghanischen Brüder erhoben hat, die vor fünf Monaten ihre Schwester in Berlin ermordeten, anschließend zerstückelten und in einem Koffer ins bayerische Holzkirchen brachten, wo sie sie schließlich vergruben. Dort, wo ihr älterer Bruder wohnt, hätten sich die beiden mutmaßlichen Killer wohl mehr Ruhe und weniger Aufmerksamkeit beim Entsorgen der Leiche versprochen. Laut Staatsanwaltschaft töteten die Afghanen ihre Schwester, weil diese nicht nach ihren islamischen Wertvorstellungen lebte. Dazu die Bild:

*Die junge Mutter einer Tochter (heute 10) und eines Sohnes (13) kam 2013 als Asylsuchende aus Afghanistan nach Deutschland. In ihrer streng islamisch geprägten Ehe kam es immer wieder zu Gewalt. 2017 wollte Maryam nicht mehr: Sie ließ sich nach deutschem Recht scheiden. Doch der Ehemann ließ nicht locker, verhinderte die Trennung nach islamischem Recht.*

*Vor zwei Jahren zog sie mit ihren Söhnen in eine*

*Flüchtlingsunterkunft. Im Stile eines Sittenwächters soll ein Bruder die Schwester permanent überwacht und geprüft haben, ob sie einen islamischen Lebensstil pflegte.*

Dazu soll auch eine permanente Kopftuch-Kontrolle gehört haben. Politischer Islam à la Afghanistan mitten in Deutschland. Inklusive Mord.

---



Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln.

Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.